

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 65 (1986)
Heft: 6

Artikel: Zum Parteitagsthema "Arbeit und Umwelt" : Denkanstösse : in welche Richtung?
Autor: Winkler, Ruedi
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340373>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

stischen Parolen der neokonservativen Kräfte beim Stimmbürger anfänglich zu verfangen schienen, bläst nun in den letzten Jahren auch den bürgerlichen Parteien ein kalter Wind ins Gesicht. Die Städtzürcher Wahlen vom März 1986 zeigen exemplarisch, dass selbst der Freisinn vor Spaltungstendenzen und verheerenden Niederlagen nicht gefeit ist. Die Blockierung dringlicher Problemlösungen zahlt sich für keine der grossen Parteien aus; wenn die von ihnen getragenen Regierungen und Parlamente aus der gravierenden Entscheidungs- und Innovationsschwäche nicht herausfinden, so werden Stimmabstinenz und Erfolge der politischen Randgruppen weiter zunehmen. Diese Krise des Parteiensystems

ist aber auch eine Chance für die Politik in unserem Lande. Einerseits werden die grossen Parteien gezwungen, sich der neuen Problembereiche verstärkt anzunehmen, die von den Randgruppen her in den politischen Prozess eingebracht werden und bereits vehemente Wortführer auch im Machtzentrum gefunden haben. Andererseits entsteht ein zunehmender Druck, neue Konsensmöglichkeiten auszuloten und mehrheitsfähige politische Programme durchzusetzen, die wieder in die Speichen der sozialen Prozesse greifen. Der schwindende Einfluss des neokorporatistischen Systems bietet ja auch die Chance, dass sich die Parteien aus der Bevormundung durch die Wirtschaftsverbände etwas emanzipieren und den Bedürf-

nissen des soziokulturellen Bereichs grössere Beachtung schenken können. Die unter den Regierungsparteien ausgehandelten Forderungspakete bezüglich Luftreinhaltung und Förderung des öffentlichen Verkehrs, an deren Entstehung Rudolf H. Strahm massgeblich beteiligt war, wecken die Hoffnung, dass politische Leitplanken für eine vernünftige Entwicklung auch auf andern Gebieten gesetzt werden können. Dazu braucht es aber eine innovative Diskussion über politische Ziele und Strategien in allen Parteien. Es ist Strahms Verdienst, diese nun anstehende Diskussion mit organisationspolitischen Vorschlägen und inhaltlichen Perspektiven für eine moderne Sozialdemokratie wesentlich bereichert zu haben.

Zum Parteitagsthema «Arbeit und Umwelt»

Denkanstösse: In welche Richtung?

Eine Kritik von Ruedi Winkler

Das Hauptthema des Parteitages der SPS vom 21. und 22.6. ist «Arbeit und Umwelt». Das zu diesem Thema ausgearbeitete Papier versteht sich nach den «Begleit-Worten» Helmut Hubachers als Arbeitspapier, das «Denkanstösse» geben soll. Die Vorläufigkeit des Papiers ist damit offiziell festgehalten. Es liegt jedoch in der Natur der Sache, dass Anstösse eine bestimmte Richtung haben, auch wenn es «Denkanstösse» sind.

Mit dieser Richtung scheint mir im vorliegenden Papier einiges nicht zu stimmen. Deshalb sei im folgenden versucht, einige «Korrekturanstösse» anzubringen.

Glaubwürdigkeitslücke zwischen Rhetorik und Inhalt

Im einführenden Kapitel «Arbeit – wie, warum, wozu» stehen die bemerkenswerten Sätze: «Aber im Gegensatz zu früher geht's heute nicht nur um Sein oder Nichtsein des Einzelnen, sondern dasjenige der ganzen Menschheit. Wenn wir nicht radikal umdenken, ziehen wir uns selbst den Boden unter den eigenen Füßen weg. Und ist es dann einmal soweit, können wir nicht einmal behaupten, nichts gewusst zu haben.» Deutlicher geht's wohl nicht mehr. Insbesondere weil schon auf der nächsten Seite nachgedoppelt wird: «Die dringend

notwendige Umorientierung fordert uns also ein Umdenken ab, was Arbeitsinhalte, Arbeitsformen, Arbeitsverständnis – damit verquickt unser eigenes Selbstverständnis – betrifft.» Damit scheint aber das radikale Pulver bereits verschossen zu sein. Denn bereits auf der nächsten Seite steht der Satz: «Die Computerisierung unseres Lebens beschleunigt sich zusehends, ob wir wollen oder nicht.» Damit ist der Tarif für den Rest des Papiers durchgegeben, und der Radikalität Genüge getan. Zugleich ist damit vermutlich auch der Kern der Ursache freigelegt, warum die SPS etwas ratlos in der politischen Landschaft steht und sich

ihre Attraktivität sowohl in bezug auf die traditionellen wie auch auf mögliche neue Wähler und Wählerinnen in Grenzen hält. Zu offensichtlich ist der Unterschied zwischen Rhetorik und dem Inhalt der vertretenen Politik.

Rhetorik wird der Realität gerechter

Misst man die politischen Notwendigkeiten, die aus der Realität abgeleitet werden müssten, dann wird das, was in der Rhetorik geäußert wird, diesen Notwendigkeiten wesentlich gerechter, als das, was dann konkret an Massnahmen vorgeschlagen wird. Oder anders gesagt: Geht man davon aus, dass die Rhetorik der Gefühlslage entspricht und die konkret vorgeschlagenen Massnahmen sich an einem resignierten und konkordanzgedämpften Pragmatismus orientieren, dann kann man feststellen, dass die Gemütslage offenbar stimmt, dass aber das Selbstvertrauen, der Mut zum Risiko und die Hoffnungsfähigkeit offenbar wesentlich unstimmliger sind. Ein weiterer Grund vermutlich, der die SP als Hoffnungsträger fast unterschiedslos in die andern traditionellen Parteien eingliedern lässt.

Computer – Chance oder Gefahr?

Unter diesem Titel bestimmt der schon zitierte Satz von der Computerisierung unseres Lebens den Grundton. Es wird zwar erwähnt, dass die Arbeit den Menschen und damit seine Kultur verändern kann und zu den grundlegenden menschlichen Lebensäußerungen gehört. Da aber offenbar gegen die Computerisierung nichts zu machen ist, wird der Ausweg über eine «human-computerisierte Gesellschaft», auf «Mitbestimmung und Ausbildung»

und vor allem eine drastische Arbeitszeitverkürzung in Richtung 30- oder gar 25-Stunden-Woche und den Ausbau der Sozialforschung gesucht.

Die Brisanz der Revolution in der Arbeitswelt, die in vielen Bereichen praktisch einer Neudefinition der Arbeit gleichkommt, kommt in diesem Kapitel nicht zum Ausdruck. Es ist ganz klar, dass im Verhältnis zu den qualitativen Änderungen, die die neuen Technologien in die Arbeitswelt bringen, die im Kapitel vorgeschlagenen Massnahmen nicht über den Stellenwert der Kosmetik hinauskommen. Es steht ebenfalls fest, dass diese Kosmetik-Vorschläge politisch keine Mobilisationskraft haben. Der im Papier ebenfalls erwähnte verängstigte Arbeitnehmer bzw. Arbeitnehmerin wird für eine solche Politik schlicht nicht zu mobilisieren sein. Wenn schon Vorschläge im Bereich der Kosmetik, dann bitte auch die dazu passende Rhetorik im Vorwort.

Soziale Sicherheit

Wiederum sei ein Kernsatz zitiert: «Der Sozialstaat von gestern ist den Problemen von morgen sicher nicht gewachsen; wir müssen das soziale Netz neu knüpfen.» Das kann so sicher zu einem guten Teil unterschrieben werden. Empfohlen wird eine «Atomisierung» der sozialen Sicherheit. Als Beispiele wird das Knüpfen der «kleinen Netze» propagiert.

Fragt sich nur, woher denn die Kraft, die Phantasie und der politische Wille für eine wirksame Knüpfung der kleinen sozialen Netze herkommen soll. Fragt sich auch, ob sich die Schreiberin des Papiers darüber im klaren war, was eine Atomisierung der sozialen Sicherheit für Folgen haben kann, wenn die politischen Machtverhältnisse nicht erlauben, den Ato-

misierungsprozess schützend zu begleiten.

Ich betrachte diese Strategie als äusserst gefährlich. Sie sieht an der Tatsache vorbei, dass der heutige Arbeitnehmer bzw. Arbeitnehmerin eine äusserst verletzte Spezies geworden ist. Er/sie ist abhängiger Arbeitnehmer/in, ist Mieter/in und kann seinen Lebensunterhalt nur solange als gesichert betrachten, als auch Geld da ist. Es gibt keine nennenswerte Selbstversorgung, nur noch selten ein existenzsicherndes Auffangnetz für den Notfall in Form einer Familie oder einer anderen Art von Gemeinschaft. Die Existenzsicherung hängt vom Geld ab, und Geld gibt es praktisch auf menschenwürdige Art und auf längere Zeit nur durch Arbeit. Die Arbeit aber, die Geld bringt, wird offenbar immer knapper. Dass diese Lebenslage und dieses Lebensgefühl einen sehr vorsichtigen, ängstlichen und dem Risiko abholden Bürger, dem man leicht Angst machen kann, geradezu programmiert, ist leicht einzusehen. Das Kapital jedenfalls hat das längst entdeckt.

Im Klartext heisst das, dass die Neukonzeption des Sozialsystems darauf ausgerichtet werden muss, dass sich der Bürger bzw. die Bürgerin sicherer fühlen kann, und dass er bzw. sie in der Gewissheit sein Leben gestalten kann, dass auch in dem Fall, in dem er oder sie keine Lohnarbeit mehr finden könnte, die Existenz gleichwohl gesichert wäre ohne den demütigenden Gang zum Fürsorgeamt.

In einer immer produktiver werdenden Wirtschaft sind die Mittel vorhanden, um die soziale Sicherheit so auszubauen, dass den Bürger/innen wenigstens das finanzielle Existenzminimum garantiert werden kann, unabhängig davon, ob jemand Lohnarbeit hat oder nicht. Was über dieses Mini-

mum hinausginge, müsste durch Lohnarbeit dazuverdient werden.

Die Verstärkung der sozialen Sicherheit in diese Richtung ist keine Garantie für mutige, wache und kritische Bürgerinnen und Bürger. Aber unter der dauernden Drohung des Abbaus der Sozialleistungen und des Verlustes der Arbeitsplätze schwinden auch noch die letzten Reste von Engagement und Bereitschaft für Neues. Es braucht eine bedeutende politische Kraft in diesem Land, die entschieden für einen klaren Schritt vorwärts für die soziale Sicherheit eintritt.

Ganzheitlichkeit durch Technologie?

Vom vorne so stark betonten Umdenken ist auch im Kapitel «Freizeit und Konsum» kaum mehr die Rede. Obwohl gerade hier der politische und persönliche Wille neben Änderungen an den Strukturen entscheidend ist. Wo soll denn der «neue Konsument», der «neue» Mieter herkommen, wenn nicht eine politische und grundsätzliche Bereitschaft besteht, sein Verhalten zu ändern. Am Anfang des Kapitels wird der Titel eines Aktionsprogrammes «Arbeit und Technik» der IG-Metall «Der Mensch muss bleiben» als provokativ empfunden. Wer einen solchen Titel bereits als provokativ empfindet, sollte wohl lieber nicht vom radikalen Umdenken sprechen. Anschliessend sind ein paar richtige, aber auch schon lange in vielen Diskussionspapieren immer wieder zu findenden Zusammenhänge dargestellt. Und woher kommt Abhilfe? Während auf der einen Seite von einer zunehmenden arbeitsteiligen Wirtschaft gesprochen wird, die zur Folge gehabt habe, «dass Arbeit und Freizeit immer mehr zu Gegensätzen verkamen», steht auf der näch-

sten Seite der aussagekräftige Satz: «Neben der Erwerbsarbeit, die in Zukunft wieder vermehrt die Forderung nach Ganzheitlichkeit erfüllen sollte – und dank technologischer Entwicklung wohl auch kann, wenn der Wille dazu vorhanden ist –.» Die Technologie als Wegbereiter zu einer ganzheitlichen Arbeit? Da wurden die Machtverhältnisse in unserer Gesellschaft und bestimmte Eigenschaften der Technologie ganz gehörig vergessen. Unter dem Titel «Kernpunkte Bildung und Medien» sind ganze 15 Zeilen zu finden. Kernsatz zu den Medien: «Werden auf dem Gebiet der elektronischen Medien nicht rasch die Bremsen angezogen, wird die SRG noch weiter ausgehöhlt und entpolitisiert, hat das verheerende Folgen für den Meinungspluralismus, damit für die Demokratie.» Ob es in diesem Bereich wirklich nur das Bremsen gibt, darüber könnte noch diskutiert werden. Interessant ist immerhin, dass in bezug auf die Gestaltung der Arbeitsplätze fast selbstverständlich angenommen wird, dass es uns sogar noch «dank technologischer Entwicklung» gelingen sollte, die Ganzheitlichkeit zu erhöhen, uns bei den elektronischen Medien aber nichts mehr anderes als das Bremsen übrigbleiben soll.

Im Kapitel «Nahrung und Nutzung» wird an sich viel Richtiges gesagt. Am Schluss wird sogar noch, vorsichtig allerdings, auf den «Problemfaktor Konsument/in» hingewiesen. Anstatt die zaghafte Frage zu stellen, ob sich Herr und Frau Schweizer vielleicht vorstellen könnten wie früher wieder saisongerecht zu kochen, hätte hier nun wirklich entschiedener auf die recht zentrale Stelle des Konsumenten in bezug auf die Wahl seiner Lebensmittel hingewiesen werden müssen. Zusätzlich müsste auch gesagt

sein, dass die schwerste Bedrohung unserer Böden auf längere Sicht, auf die Art unseres Produzierens und Konsumierens (z.B. Schwermetalle aus Kerichtverbrennung) zurückzuführen ist.

Schweiz GmbH?

Unter diesem Titel sind einige Feststellungen über die Industrieexporte, zu den Investitionen der Schweiz im Ausland, zum Finanzplatz, zum Agrarhandel und zu den staatlichen Aufwendungen zugunsten der Wirtschaft gemacht. Auf die Frage «Muss es so weitergehen?» wird dann zum Beispiel «wie sinnvoll ist die Integration der Schweiz in die Weltwirtschaft?» gefragt, und es wird dann ausgeführt, dass uns dies zwar Wohlstand, aber auch Abhängigkeit von Wirtschaftsschwankungen und Verschuldungskrisen bringe. Die Frage nach der Verantwortung gegenüber den Entwicklungsländern wird ebenso gestellt wie die Frage aufgeworfen, wie anstatt des Exportes problematischer Güter die hiesige Arbeitsbeschaffung gestaltet werden könnte. Das geht nahtlos über zum Kapitel: «Optimistischer Ausblick: Ökologie schafft Arbeitsplätze». Im Zentrum steht die Studie der Gewerkschaft Bau und Holz, nach der auf zwanzig Jahre hinaus 43 500 Leute mit Umweltmassnahmen und im Energie- und Verkehrssektor beschäftigt werden könnten. Darin sind Projekte wie die Umsetzung des Konzepts «Bahn 2000» und eine bedeutende Zunahme der Arbeitsplätze im sozialen Bereich enthalten. All die angeführten Beispiele sind nicht einmal selbsttragend. Und die Frage, ob aus unserer Sicht die Mobilitätszuwächse eines «Bahn 2000»-Konzepts und einer neuen Alpentransversale nötig und er-

wünscht sind, wird nicht einmal gestellt.

Also das alte Lied. Die SP weiss und fühlt zwar, dass auch in der Schweiz einiges in Bewegung geraten müsste, dass eben ein wirkliches Umdenken nötig wä-

re, damit der Tanker Schweiz den nötigen Schwenker vollziehen würde. Aber eine diesem Wissen und Gefühl entsprechende Diskussion führen will sie – oder zumindest die Parteileitung – offenbar nicht. Fast

scheint es, sie wolle den Pelz waschen, ohne ihn nass zu machen. Ich hoffe, die Delegierten für den Parteitag der SPS am 21. und 22. Juni rüsten sich gehörig mit Wasser aus.

Ruedi Winkler

Wie die heutige Arbeit Unfrieden stiftet

Arbeitszeit – Freizeit – Freiheit

Von Andreas Gross

Die Vermittlung, welche sowohl «Denken» und «Sein» lebendig macht wie beide im realen Dritten aufhebt, ist (. . .) der menschliche Arbeitsprozess (mit dem Gedanken als seinem wichtigen Instrument). Er ist, theoretisch durchdrungen, die erfasste Beziehung der Menschen zu Menschen und zur Natur.

Ernst Bloch, 1936

*

Weist uns diese These von Bloch die Richtung zu jener «Arbeit», die anders als die vorherrschende (Lohn-)Arbeit, welche täglich so sichtbar viel Unfrieden stiftet, in Form und Ergebnis weniger im Widerspruch steht zu dem, was wir Frieden nennen möchten? Ich bin mir nicht ganz sicher. Darüber nachzudenken lohnt sich aber bestimmt, und das möchte ich im folgenden versuchen. Unsicher bin ich, weil heute vieles die These des Sozialphilosophen Jürgen Habermas als plausibel erscheinen lässt, wonach «an ein Ende gelangt ist (. . .) jene Utopie, die sich in der Vergangenheit um das Potential der Arbeitsgesellschaft kristallisiert hat». Die «Energien der arbeitgesellschaftlichen Utopie», so meint Haber-

mas, seien «erschöpft». (1) Sehen wir einmal ab von der Frage, ob diese Gesellschaft nicht vielmehr deshalb so erschöpft scheint, weil sie vor lauter Arbeit keine Energien mehr aufzubringen weiss zum kollektiven Entwurf von Utopien. Schliesslich muss selbst ein Habermas feststellen: «Wenn die utopischen Oasen austrocknen, breitet sich eine Wüste von Banalität und Ratlosigkeit aus». Das wiederum gibt für die gegenwärtige Schweiz, sozusagen das Museum einer «Arbeitsgesellschaft», eine ungewollt treffliche Beschreibung ab. (2)

Schwierig ist der Umgang mit der scheinbar plausiblen These Habermas deswegen, weil alle bisherige Kenntnis dafür spricht, dass jede Gesellschaft dem Zwang unterliegt, «durch «Arbeit» in einen «Stoffwechsel mit der Natur» einzutreten und diesen Stoffwechsel so zu organisieren, dass seine Erträge für das physische Überleben der vergesellschafteten Menschen ausreichen kann» (3). Im Wie der Organisation dieses Stoffwechsels liegt doch der Kern des Problems, an dem keine Utopie vorbeikommt, nicht am Stoffwechsel an sich. Ohne dass zumindest angetönt wird, wie die Arbeit organisiert werden soll, welche Form sie im

Bei diesem Text handelt es sich um einen nur unwesentlich überarbeiteten und ergänzten Aufsatz zum Sammelband «Umfassende Friedenspolitik; utopische Zeichen für eine lebenswerte Zukunft», welcher vom Autorenkollektiv der «Gruppe für eine Schweiz ohne Armee» herausgekommen ist (164 S. für Fr. 18.– beim GSoA-Sekretariat, Postfach 261, 8026 Zürich). Darin wird der offene Versuch unternommen zu verdeutlichen, was «Umfassende Friedenspolitik» zur Ablösung militaristischer und entsprechend ruinöser Konzepte von Sicherheit und Überleben konkret heissen könnte. Mein Text richtet sich denn auch an Menschen, die in keiner der verschiedenen aktuellen Debatten um die Krise der Linken oder der Zukunft der Arbeit heimisch sind, und mag deshalb bei solchen, die dies von sich behaupten, teilweise offene Türen einrennen. Ihnen mögen dafür die Bezüge zur Friedenspolitik und zur Gewalt mehr Anregungen bringen.

A.G.